

Urban & Vogel GmbH
„Der Neurologe“
Aschauer Straße 30
81549 München

1. Durch die Einführung der DRGs haben sich die Schwerpunkte in der Neurologie verschoben. Etliche Krankheitsbilder sind weniger „interessant“ und für die Kliniken finanziell sogar belastend. Wie wollen Sie diese Schieflage beseitigen und dafür sorgen, dass nicht wirtschaftliche Aspekte bei der Behandlung der Patienten im Vordergrund stehen? In welche Richtung soll sich unser Gesundheitswesen weiterentwickeln? Noch mehr Privatisierung und Triage von kranken Menschen in ertragreiche oder verlustbringende „Fälle“ oder medizinisch hochstehende Versorgung für die Menschen in diesem Land, auch wenn das Geld kostet und keine Rendite erzielt?

Die PIRATEN orientieren sich am Nutzen für Patienten. Wir wollen niedrigschwelligen Zugang zur Gesundheitsversorgung, der allen Menschen eine zugewandte Behandlung nach aktuellem Stand des Wissens ermöglicht.

Für Vergütungssysteme fordern wir regelmäßige Überprüfung der durch das System entstehenden Anreize und Fehlanreize sowie Möglichkeiten, neue Vergütungsformen in Modellprojekten zu erproben.

2. In der stationären psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung ist ein neues Entgeltsystem (PEPP), das im Wesentlichen auf Fallpauschalen basiert, beschlossen und wird gerade eingeführt. Wird Ihre Partei an der Einführung dieses neuen Entgeltsystems festhalten?

Auch dass neue Entgeltsystem in der Psychiatrie muss sich für uns an seinem Nutzen für die Patienten messen lassen. Dieser ist jedoch für uns nicht ersichtlich.

Daher muss sich auch dieses Vergütungssystem der Überprüfung stellen und gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden.

3. Einige Krankenkassen streben offenbar an, auch das Notarztwesen (z.B. in Bayern) durch Gesamtbudgets und palliativmedizinische Leistungen durch Fallpauschalen zu deckeln. Wie steht ihre Partei zu diesen Bestrebungen?

Zwar müssen Fallpauschalen nicht unbedingt eine Deckelung bedeuten, jedoch setzen wir uns dafür ein, dass die Versorgung aufwändiger Patienten angemessen honoriert wird. Insbesondere wollen wir die palliative Versorgung stärken.

4. Seit Jahr und Tag reden politisch Verantwortliche von einer Stärkung der zuwendungsintensiven und „sprechenden“ Medizin. Vor Einführung des Gesundheitsfonds 2009 betrug die feste Vergütung durch die AOK Bayern 5,11 Cent pro Punkt (BKKs: 4,60 Cent/Punkt) für eine psychiatrische Gesprächsleistung. Aktuell beträgt die Vergütung circa 3,2 Cent pro Punkt. Steht eine Stärkung der sprechenden Medizin auf der Agenda Ihrer Partei? Wie soll dies geschehen, da die Verteilung der ausgehandelten Gesamthonorare in den KVen je nach Intensität der Lobbyarbeit und der Größe der Facharztgruppe erfolgt?

Auch für die Vergütung der ambulanten Versorgung gilt die angesprochene Überprüfung unter Berücksichtigung des Patientennutzen. Insbesondere wollen wir dabei Anreize setzen, um den menschlichen Kontakt und die Zuwendung zum Patienten sowie die Berücksichtigung seiner Bedürfnisse aufzuwerten.

5. In der ambulanten Versorgung werden immer wieder neue Regelungen eingeführt, die jedoch nur bedingt Bestand haben. Exemplarisch seien MVZ an Krankenhäusern, Integrierte Versorgung und §116 genannt. Wie soll dieses Knäuel entwirrt und eine transparente Struktur auf Dauer geschaffen werden?

Die PIRATEN sind für die Abschaffung von Hürden für die Patienten, die lediglich aus berufspolitischen Gründen entstanden sind. Dazu zählen wir teilweise die genannten Regelungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Versorgungsangebote von Seiten der Patienten ohne Beachtung von Sektorenengrenzen frei wählbar sind. Auch Leistungserbringer können entscheiden, in welcher Form sie ihren Beruf ausüben.

6. Die Zukunft der niedergelassenen Fachärzte ist unklar und abhängig von der jeweils regierenden Partei. Wie wollen Sie Planungssicherheit schaffen, damit die Versorgung auch langfristig garantiert bleibt? Steht Ihre Partei für den Erhalt der ambulanten ärztlichen Versorgung durch die niedergelassene Ärzteschaft zu mit deren Vertretern auszuhandelnden, angemessenen Honorarvereinbarungen ein, oder ist geplant den ambulanten und stationären Sektor weiter durch Drittanbieter „ökonomisieren“ zu lassen?

Wir erkennen die Notwendigkeiten einer Planungssicherheit für niedergelassene Ärzte an und sehen die Lösung dabei in der Überprüfung und Reform der Vergütung. Gleichzeitig ist die ambulante ärztliche Versorgung z.B. im ländlichen Raum gefährdet, so dass wir gerade hier neue Möglichkeiten schaffen wollen, ohne zu „ökonomisieren“.

7. Die akut-psychiatrischen Kliniken mit Versorgungsauftrag sind seit Jahren wegen der deutlichen Zunahme der Einweisungen und der Notaufnahmen überbelegt. Welche Maßnahmen plant in diesem Zusammenhang Ihre Partei?

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, den Ausbau von psychiatrischen Abteilungen in allgemeinen Krankenhäusern mit dem Ziel weiter fortzusetzen, dass alle Kreise und kreisfreien Städte im Sinne der gemeindenahen Psychiatrie mit psychiatrischen Abteilungen mit angeschlossenen Tageskliniken und psychiatrischen Institutsambulanzen versorgt werden.

8. Universitätsklinika haben vielfältige Aufgaben. Diese können nicht garantiert werden, wenn die Einrichtung an Gesundheitskonzerne abgegeben wird. Wie wollen Sie eine weitere Privatisierung verhindern und falsche Entwicklungen rückgängig machen?

Wir betrachten die Gewährleistung der Gesundheitsvorsorge und Behandlung von Krankheiten als Fürsorgepflicht des Staates. Deshalb befürworten wir Initiativen, die einen Erhalt von Kliniken in öffentlicher Trägerschaft zum Ziel haben. Die in Hessen durchgeführte Privatisierung der Unikliniken Gießen und Marburg betrachten wir als gescheitert.

9. Deutschland war lange Zeit die Apotheke der Welt. Mittlerweile nehmen wir nur einen mittleren Platz ein und laufen Gefahr nach hinten durchgereicht zu werden. Wollen Sie das verhindern und wenn ja, wie?

Deutschland lebt von seinen gerade auch pharmazeutischen Innovationen. Grundlage sind eine gute Infrastruktur und gut ausgebildete Forscher. Allerdings gibt es in Deutschland im Bereich klinischer Studien ungenutzte Potentiale. Eine Positivliste setzt Mittel frei, die für starke Versorgungsforschung sowie eine verbesserte Finanzierungssituation von Forschungsgruppen genutzt werden können.